



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 16. Mai 2014
(OR. en)**

9599/14

**RECH 184
MED 33**

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: *Vorbereitung der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 26. Mai 2014*
Erneuerte Europa-Mittelmeer-Partnerschaft für Wissenschaft, Technologie und
Innovation
- Orientierungsaussprache

I. POLITISCHER KONTEXT

Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft ist ein seit langem andauernder Prozess. Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates auf seiner Tagung von 1992 in Lissabon hat die Union den Barcelona-Prozess in die Wege geleitet, mit dem ein Raum des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands geschaffen und der Dialog zwischen den Kulturen der Region gefördert werden soll. Dieser Prozess wurde 2008 mit der Gründung der Union für den Mittelmeerraum in Paris und danach 2011 weiter gestärkt, als die Nachbarländer der Union als wichtige Partner anerkannt wurden.

Seit Beginn dieses Prozesses wird der Zusammenarbeit in Forschung und Innovation entscheidende Bedeutung beigemessen.

1995 wurde der Überwachungsausschusses für die Zusammenarbeit mit den Ländern des Mittelmeerraums (MOCO) in den Bereichen Forschung, Technologie und Innovation eingesetzt.

Auf der Europa-Mittelmeer-Konferenz über Forschung und Innovation im Jahr 2012 in Barcelona wurde die politische Unterstützung für eine verstärkte und erneuerte Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Mittelmeerraum im Bereich Forschung und Innovation bekräftigt; zudem wurden die Grundlagen für die ERA-NET-Maßnahmen gelegt, die zur Entwicklung eines dauerhaften und nachhaltigen Koordinierungsmechanismus zwischen der EU, ihren Mitgliedstaaten und den Mittelmeerländern - einer Initiative für den Mittelmeerraum gemäß Artikel 185 AEUV - beigetragen haben.

Auf der informellen Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) im Juli 2012 in Nicosia bestätigten die Mitgliedstaaten ihre breite politische Unterstützung für eine erneuerte und verstärkte Partnerschaft mit den Ländern des Mittelmeerraums im Bereich Forschung und Innovation, die die ganze Kette von der Forschung bis hin zur Innovation erfassen und Universitäten, öffentliche und private Institutionen, die Industrie, forschungs- und innovationsorientierte Unternehmen sowie KMU einbeziehen würde. Darüber hinaus erachteten die Minister eine Initiative gemäß Artikel 185 AEUV als eine konkrete Basis für die Stärkung der Zusammenarbeit in Forschung und Innovation mit Blick auf die Bewältigung entscheidender gesellschaftlicher Herausforderungen wie Qualität von Wasser und Lebensmitteln, Energie, Gesundheit, Verkehr und Meeresumwelt, die die Länder des Mittelmeerraums gemeinsam betreffen.

II. AUF DEM WEG ZU EINER STRUKTURIERTEN PARTNERSCHAFT IN FORSCHUNG UND INNOVATION

Unmittelbar nach der vorgenannten informellen Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) im Jahr 2012 brachte eine Gruppe von Mitgliedstaaten zusammen mit Partnerländern des Mittelmeerraums eine Initiative (PRIMA)¹ auf den Weg, die auf die Schaffung einer langfristigen strukturierten Partnerschaft in Forschung und Innovation im Mittelmeerraum abzielt, im Einklang mit den Grundsätzen der gemeinsamen Verantwortung, des gegenseitigen Interesses und des gemeinsamen Nutzens steht und auf den zahlreichen bilateralen und multilateralen Forschungs- und Innovationsaktivitäten in der Region aufbaut.

Die Zusammenarbeit mit den Ländern des Mittelmeerraums in Forschung und Innovation stand im Mittelpunkt der informellen Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 13. Mai 2014 in Athen.

¹ Die PRIMA-Initiative steht für "Partnerschaft in Forschung und Innovation im Mittelmeerraum" (Partnership in Research and Innovation in the Mediterranean Area).

Die Tagung hat deutlich gemacht, dass die im Rahmen von PRIMA durchgeführten technischen Arbeiten weit genug gediehen sind, so dass die Vorbereitungen für ein spezifisches Programm vorangetrieben werden können. In den letzten beiden Jahren ist im Rahmen von PRIMA unter ausgewogener Leadership und Beteiligung der EU-Mitgliedstaaten² und der Partnerländer des Mittelmeerraums³ intensiv an den Bausteinen eines Programms für den Mittelmeerraum gearbeitet worden, das einen faktengestützten Mehrwert zu den Ergebnissen bestehender Initiativen liefert und diese Ergebnisse bündelt. Eine Kerngruppe ist häufig zusammengetreten, um den Prozess zu überwachen und das weitere Vorgehen zu planen. Fünf Arbeitsgruppen haben Schlüsselaspekte eines derartigen Programms analysiert, darunter folgende: thematische Forschungsgebiete, Bestandsaufnahme bestehender Initiativen einschließlich bilateraler und multilateraler Aktionen, finanzielle Aspekte, rechtliche Fragen und Umsetzungsfahrplan.

Auf der Tagung wurde zudem nachdrücklich eine umfassende politische Unterstützung für eine langfristige strukturierte Zusammenarbeit in Forschung und Innovation im Mittelmeerraum zum Ausdruck gebracht, bei der alle über die gleichen Rechte verfügen und die somit im Einklang mit den Grundsätzen der gemeinsamen Verantwortung, des gegenseitigen Interesses und des gemeinsamen Nutzens steht und die auf den zahlreichen bilateralen und multilateralen Forschungs- und Innovationstätigkeiten in der Region aufbaut. Diese Zusammenarbeit, die von strategischer Bedeutung für die Union insgesamt ist, sollte sich auf dem mit den vorbereitenden Arbeiten im Rahmen von PRIMA eingeschlagenen Weg weiterentwickeln, wobei den laufenden ERA-NET-Maßnahmen und den gemeinsamen Programmplanungsinitiativen Rechnung zu tragen ist, die auf einem umfassenden Programm für eine öffentlich-öffentliche Partnerschaft auf der Grundlage von Artikel 185 AEUV beruhen, das aus Horizont 2020 finanziert wird und mit dessen Grundsätzen im Einklang steht. Ein derartiges Programm erfordert einen integrierten thematischen Ansatz unter besonderer Beachtung der Lebensmittelsysteme und Wasservorräte im Rahmen eines integrierten und flexiblen Konzepts zur Bewältigung der sich verändernden Herausforderungen im Mittelmeerraum, etwa im Zusammenhang mit Energie, Umwelt, Verkehr und Gesundheit.

Außerdem herrschte Einvernehmen über die nächstfolgenden Schritte. Es wurde argumentiert, dass die Zeit für die Mitgliedstaaten reif sei, nunmehr alle Ergebnisse zu konsolidieren und 2014 einen umfassenden Vorschlag für ein spezifisches Programm auszuarbeiten. Der künftige italienische Vorsitz bekundete seine politische Absicht, die anstehenden Maßnahmen entschlossen durchzuführen. Es ist davon auszugehen, dass die Kommission hierzu auf der Grundlage des Artikels 185 AEUV nach einer Ex-ante-Folgenabschätzung im Einklang mit den vorgenannten Merkmalen rasch einen Vorschlag vorlegen könnte.

² Die bisher beteiligten EU-Länder sind folgende (in alphabetischer Reihenfolge): Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Malta, Portugal, Slowenien, Spanien und Zypern.

³ Die bisher beteiligten Partnerländer des Mittelmeerraums sind folgende (in alphabetischer Reihenfolge): Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Tunesien und Türkei.

III. ORIENTIERUNGSAUSSPRACHE

Unter Berücksichtigung des oben beschriebenen Gesamtzusammenhangs möchte der Vorsitz die Mitgliedstaaten ersuchen, sich bei ihren Ausführungen auf die nachfolgend dargelegten Maßnahmen zu konzentrieren und anzugeben, ob sie dieses Konzept befürworten könnten:

1. Die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Ländern des Mittelmeerraums im Bereich Forschung und Innovation trägt in erheblichem Maße zu Frieden und Wohlstand in der Region bei. Daher sollte sie durch ein langfristiges Programm für eine strukturierte öffentlich-öffentliche Partnerschaft auf der Grundlage des Artikels 185 AEUV konsolidiert werden, das aus Horizont 2020 finanziert wird und mit dessen Grundsätzen im Einklang steht. Darauf hinaus erfordert sie einen integrierten thematischen Ansatz unter besonderer Beachtung der Lebensmittelsysteme und Wasservorräte und deren Wechselwirkungen mit den gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit Horizont 2020 anzugehen sind und die insbesondere den Energiesektor, die Umwelt, den Verkehr und die Gesundheit betreffen.
2. Das Programm sollte im Einklang mit den Grundsätzen der gemeinsamen Verantwortung, des gegenseitigen Interesses und des gemeinsamen Nutzens für die Mitgliedstaaten der Union wie auch die Partnerländer des Mittelmeerraums aufgelegt werden und sich auf die zahlreichen bilateralen und multilateralen Forschungs- und Innovationstätigkeiten in der Region stützen. Es sollte daher für eine finanzielle Beteiligung jedes Mitgliedstaats der Union, jedes Partnerlandes im Mittelmeerraum und jedes Landes, das mit Horizont 2020 assoziiert ist, offen sein.
3. Da die PRIMA-Initiative bereits weit vorangeschritten ist, sollte sie die Grundlage für die rasche Auflegung eines derartigen Programms bilden; auszugehen wäre dabei von einem von den Mitgliedstaaten und den Partnerländern des Mittelmeerraums in den kommenden Monaten zu erarbeitenden Vorschlag, anhand dessen der Rat die Kommission bis spätestens Dezember 2014 ersuchen könnte, die Beteiligung der Union an diesem Programm auf der Grundlage des Artikels 185 AEUV zu prüfen.